

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Karl-Liebnecht-Haus geschlossen

Die Arbeiterpresse soll vernichtet werden

Der neutrale Rundfunk

Erfolge an der Gewerkschaftsfront

Leticia, die umkämpfte Stadt

Schneestürme am Mittelmeer

Die Schreckensnacht von Großbeeren

SA, SS und Stahlhelm als Hilfspolizei

Neuer entscheidender Schritt zur vollständigen Faschisierung des Staates

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Ueber die Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei ist unter dem 22. Februar 1933 vom Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern folgender Erlaß ergangen:

„Die zunehmenden Ausschreitungen von linksradikaler, insbesondere kommunistischer Seite haben zu einer unerträglichen ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wie des Lebens und Eigentums der staatsbewußten Bevölkerung geführt. Die vorhandenen Polizeikräfte, deren ausreichende Vermehrung zur Zeit nicht möglich ist, werden seit langem über ihr Leistungsvermögen beansprucht und durch die häufige Notwendigkeit des Einsatzes außerhalb der Dienstorte ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiet oft zur Unzeit entzogen. Auf die freiwillige Unterstützung geeigneter als Hilfspolizeibeamte zu verwendender Helfer kann daher im Notfall nicht mehr verzichtet werden.

Aufgabe der nur unter Führung der ordentlichen Polizei einzusetzenden Hilfspolizei wird insbesondere sein:

1. die Entlastung der ordentlichen Polizei

a) durch Unterstützung bei dem Schutz politischer Versammlungen und Aufzüge, sowie

b) bei der Sicherung von Lokalen und anderen Einrichtungen politischer Organisationen,

c) bei Absperrungen und Unterstützung der Landjägereistrefen;

2. Im Falle von Unruhen oder eines anderen polizeilichen Notstandes

a) die allgemeine Unterstützung der ordentlichen Polizei,

b) die Uebernahme des Schutzes lebenswichtiger Betriebe, sowie wichtiger im öffentlichen Eigentum stehender oder dem öffentlichen Nutzen dienender Gebäude, Einrichtungen und Anlagen.“

Ergänzend sei noch bemerkt, daß zu Hilfspolizeibeamten

nur ehrenhafte, wahlberechtigte auf nationalem Boden stehende Deutsche

verpflichtet werden dürfen. Die Hilfspolizeibeamten führen einen polizeilichen Ausweis und tragen an ihrer eigenen Kleidung, die auch die Uniform von Verbänden sein kann, als Abzeichen eine weiße, amtlich gestempelte Armbinde mit dem Aufdruck: Hilfspolizei. Sie stehen unter Führung von Polizeioffizieren und

haben während der Dauer ihres Dienstes die Befugnisse und Pflichten von planmäßigen Polizei- und Landjägereibeamten.

Die Bestellung von Hilfspolizeibeamten bedarf — mit Ausnahme von Berlin, wo der Minister des Innern entscheidet — der Bestätigung des Regierungspräsidenten.“

Dieser Erlaß des Preussischen Innenministers Göring wird von der gesamten Presse ganz eindeutig in dem Sinne verstanden, daß

SA, SS und Stahlhelm zum Polizeidienst einberufen

werden. Von der deutschnationalen „Berliner Börsen-Zeitung“ bis zu den Linksbüchlein besteht darüber nicht der geringste Zweifel.

Die erste konkrete Meldung über derartige Absichten der Regierung wurde am 15. Februar von der großen englischen Zei-

tung „Times“ gebracht und von dort in die deutsche Presse übernommen. Damals dementierte die Regierung diese Meldung, indem sie erklärte, die Frage sei nicht aktuell. Die Aktualität hat, wie die „Berliner Volks-Zeitung“ ironisch bemerkt, nur genau eine Woche auf sich warten lassen.

Während dieser Woche hat sich in Deutschland nichts ereignet, was als „un-erträgliche ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wie des Lebens und Eigentums der staatsbewußten Bevölkerung von linksradikaler, insbesondere kommunistischer Seite“ bezeichnet werden könnte. Unsere Leserschaft und darüber hinaus die gesamte deutsche Öffentlichkeit weiß, daß im Gegenteil die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit ausgeht von jener SA, die systematisch Tag für Tag sozialdemokratische, kommunistische und Zentrumsversammlungen sprengt, Arbeiterhäuser in Brand steckt, proletarische Funktionäre hinterrücks ermordet.

Diese SA und SS, zusammen mit dem Stahlhelm, erhält jetzt polizeiliche Funktionen. Wenn man den Erlaß aufmerksam liest, so stellt man fest, daß es sich dabei nicht etwa nur um eine vorübergehende Einrichtung handelt. Diese Hilfspolizei ist offenbar als Dauereinrichtung gedacht, was also

einen weiteren, entscheidend wichtigen

Schritt in der Faschisierung des Staates, in der Verwirklichung des faschistischen Programms

bedeutet.

Jeder kann sich unschwer ausmalen, was die Folgen sein werden, wenn die SA- und SS-Leute samt den Stahlhelmen in ihren Parteiuniformen als Hilfspolizei auftreten, politische Versammlungen und Demonstrationen (soweit solche überhaupt noch stattfinden dürfen) überwachen, bei Absperrungen mitwirken und im Falle von Unruhen zur Unterstützung der Polizei herangezogen werden. Die Bedrohung der Arbeiterschaft erhält dadurch eine neue furchtbare Ver-
schärfung.

Das gesamte klassenbewußte Proletariat muß erkennen, daß jetzt die Dinge in einem rasenden Tempo ihre Vollendung nehmen und daß keine Stunde mehr versäumt werden darf im Wirken für die sofortige Verständigung aller Arbeiterorganisationen. Es geht um Tod und Leben der Arbeiterbewegung, es geht um das Schicksal des deutschen und (nicht nur des deutschen!) Proletariats nicht etwa nur für die nächsten Monate, sondern für Jahre und wahrscheinlich Jahrzehnte. Dieser Tragweite der jetzigen Ereignisse, dieses ungeheuren Ernstes der Situation muß sich die gesamte Arbeiterklasse bewußt sein.

Karl-Liebnecht-Haus geschlossen!

Neuer Schlag gegen die Arbeiterbewegung

Berlin, 24. Februar.

CNB. Auf Grund des § 23 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes ist heute das Karl-Liebnecht-Haus in Berlin von sofort an bis auf weiteres polizeilich geschlossen worden. In der City-Druckerei im Karl-Liebnecht-Haus waren gestern Flugblätter der KPD in großer Menge beschlagnahmt worden, in denen zu hochverräterischer Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wurde.

In der Begründung zu der polizeilichen Schließung des Karl-Liebnecht-Hauses heißt es u. a.: „Nach der Uebernahme der Regierung durch die Parteien der nationalen Erhebung hat sich die KPD in ihrem Kampfe gegen den Bestand des Staates in zunehmendem Maße damit befaßt, in Tageszeitungen und anderen periodischen Druckschriften, ganz besonders aber auch durch Flugblätter verhetzend auf die Massen einzuwirken. Seit Beginn des Wahlkampfes zur kommenden Reichs- und Landtagswahl ist der Ortspolizeibezirk Groß-Berlin mit einer wahren Flut von Flugblättern ubelster Art überschwemmt worden, in denen unverhüllt zum gewaltsamen Umsturz aufgefodert wird. Die Beschlagnahme der in der City-Druckerei hergestellten Flugblätter, die gestern erfolgt ist, hat eine Unmenge von Material ans Licht gebracht, das teils hochverräterischen Inhalts ist, teils Aufforderungen zu Streiks und Gewalttätigkeiten enthält, also nach § 15 in Verbindung mit § 20 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 einen strafbaren Tatbestand begründet. Da die Verordnung in ihrem § 23 eine gesetzliche Handhabe bietet, die Herstellung und Verbreitung solcher

Schriften durch Schließung der Herstellungs- und der mit ihnen zusammenhängenden Räume zu unterbinden, ist die ausgesprochene Schließung des Karl-Liebnecht-Hauses gerechtfertigt.“

Die Arbeiterschaft kann in dieser Maßnahme entgegen aller juristischen „Rechtfertigung“ nur einen neuen bewußten Schlag gegen die KPD und gegen das ganze klassenbewußte Proletariat sehen. Es ist ein Schritt weiter zum Verbot der ganzen Arbeiterbewegung: heute Karl-Liebnecht-Haus geschlossen, morgen die Gebäude der SPD und des ADGB. Immer deutlicher zeigt sich, wie dringend notwendig es ist, daß die Arbeitermassen die Parolen verwirklichen, die in der SAZ und von der SAP seit langem ausgegeben worden sind.

Verbot von Kundgebungen der Eisernen Front

Wuppertal, 24. Februar.

Der Polizeipräsident hat ab heute alle Kundgebungen und Aufzüge der Eisernen Front und der ihr angeschlossenen Organisationen verboten. Begründet wird das Verbot damit, daß die Zusammenstöße am vergangenen Sonntag in Barmen gezeigt hätten, daß die Führer dieser Organisation ihre Mitglieder nicht in der Hand hätten.

Agrarsorgen in Amerika

Von Dr. Stefan, Berlin

Die Agrarkrise, eine spezifische Krise der kapitalistischen Produktion, die auf die industrielle Krise, besonders verschärfend einwirkt, ist auch in den Vereinigten Staaten eines der unlsbarsten Rätsel für die Wirtschaftsführung.

Der amerikanische Farmer war auf dem Weltmarkt bis in die letzten Jahre hinein preisbestimmend, weil er seine landwirtschaftlichen Waren durch weit vorgeschrittene Maschinerisierung wohlfeiler herstellen konnte als die Landwirtschaft übriger Länder. Zu Zeiten des Aufschwungs der Nachkriegsjahre brachte er deshalb der amerikanischen Gesamtwirtschaft Entlastung und Bereicherung.

Ein Mann mit einem Paar Ochsen kann kaum mehr als einen halben Acre (0,4 Hektar) täglich pflügen, mit einem Paar Pferden nur 2 Acres, aber mit einem Gasolintraktor kann er 10 bis 12 Acres am Tage bestellen. Ein Mann mit 5 Pferden vor einer Erntemaschine kann nur ungefähr 5 Acres am Tage schneiden und binden, demselben Mann mit einem Traktor und einer Mähmaschine ist die Bestellung von 20 bis 25 Acres am Tage möglich geworden. In den USA war Land billig und Arbeitskräfte teuer. Der amerikanische Farmer wünschte daher große Erträge pro Mann und nicht pro Acre. Der Farmer wurde immer erfahrener im Gebrauch von Maschinen, und im selben Maße konnte er Landarbeiter entbehren. Die mit Hochdruck arbeitende Industrie nahm den landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschuß auf, sie verwandelte sie in Lohnarbeiter. Da setzte die Wirtschaftskrise ein. Die Preise der Agrarprodukte fielen. Die Industrie hat Arbeiter massenhaft entlassen, eine Aenderung ist eingetreten im Angebot und in den Kosten der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Farmerlöhne sind bald auf eine unglaublich niedrige Stufe herabgesunken.

Die meisten europäischen Länder und zuletzt durch die Konferenz in Ottawa auch das britische Weltreich sind zu einer Zollpolitik übergegangen, die die amerikanische Getreideausfuhr erschweren, die Landwirtschaft der USA in ihren Grundlagen erschütterten.

Zu Zeiten der Konjunktur unterließ es der Farmer, sich von den Hypotheken zu befreien, und nun waren Schulden auf dem Land, für die Zinsen gezahlt und größere Steuern, die aufgebracht werden mußten. Diese Lasten ergaben höhere Bodenpreise. Der Farmer begann eine intensivere Farmwirtschaft zu treiben. Er trachtete danach, größere Ernten pro Acre zu bekommen, um die Lasten aufzubringen. Die Folge dieser Politik war eine gesteigerte Ueberproduktion, Verschärfung der Krise. Gleichzeitig zeigte sich eine Verschiebung von der Marktproduktion, die hauptsächlich nur Weizen, Baumwolle, Tabak usw. erzeugte, zu einer Farmwirtschaft, die mehr sich selbst genügt. Der Farmer fiel in vergangene Produktionsverhältnisse zurück, er produzierte mehr und mehr von den Dingen, die er selber braucht.

1920 war der Gesamtertrag der amerikanischen Landwirtschaft 16 Milliarden Dollar, heute nicht ganz 5 Milliarden. Die Kaufkraft der Farmer fiel enorm, der innere Markt schrumpfte zusammen, die industrielle Krise vertiefte sich. Die USA haben heute 16 Millionen Erwerbslose. So entstand die in allen Gebieten der Staaten feststellbare Erscheinung, daß der Farmer den Gebrauch von Farmtraktoren und arbeitsparenden Maschinen immer mehr aufgibt, weil Gasolin teuer geworden ist und zu der menschlichen Arbeitskraft, die billig wurde, und zu den Pferden als Kraftquellen zurückkehrt.

Die Produktionsverhältnisse, die der Kapitalismus sich geschaffen hatte, werden eine Hemmung seiner selbst, die Wohltat der Maschine, die Entwicklung der Technik wird Plage, Sinn wird Unsinn. Der hochentwickelte Kapitalismus ist gezwungen, die von ihm geschaffenen Produktionsmittel zu zerstören, die Traktoren, die die große Erzeugung der Agrargüter erst ermöglichten, außer Betrieb zu stellen, und der Farmer arbeitet wieder wie sein Vater mit Ochsen, mit Pferden, mit menschlicher Arbeitskraft.

Die Hoover-Regierung versuchte der Landwirtschaft mit herabgesetzten Transporttarifen, der Zentralisierung des Verkaufs, der Herab-

setzung der Zinsen und Steuern, mit Preisstützungskaktionen zu Hilfe zu ziehen. Das Gegenteil wurde nur erreicht. Die Regierungsmaßnahmen wälzten die Lasten der Landwirtschaft auf die Industrie und den Handel ab, dadurch machten sie die Preisspanne zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Warenpreisen größer, sie drückten das Lebensniveau der Farmer noch mehr herunter. Die Weltmarktpreise der Agrarprodukte aber fielen weiter.

Vor einigen Wochen hat das Repräsentantenhaus die „Voluntary Domestic Allotment Bill“ angenommen, die den Farmern und der Landwirtschaft die notwendige Hilfe bringen soll. Sie bedeutet eine grundsätzliche Abkehr von der freien Marktwirtschaft. Sie ist eine planwirtschaftliche Maßnahme. Der Preis der landwirtschaftlichen Waren soll sich nicht mehr auf dem freien Markt bilden, sondern der Farmer soll für den Inlandsabsatz ein Preis garantiert werden. Nutznießer des garantierten Preises aber kann nur werden, der sich einer allgemein festgesetzten Produktionsbeschränkung unterwirft, und zwar entsprechend den brachliegenden Feldern, den „stillgelegten“ Schweinen und Kühen. Das Repräsentantenhaus will für den Inlandsabsatz von Weizen einen Mindestpreis von 0,75 Dollar je Bushel (75 Pfund) bei einem heutigen Marktpreis von etwa 0,18 Dollar — für Baumwolle von 0,09 Dollar gegenüber einem Marktpreis von 0,06 Dollar pro Pfund bewilligen. Also eine Preiserhöhung von 50 vom Hundert. Die Differenz zwischen dem Marktpreis und den garantierten Preisen soll von den ersten Verarbeitern landwirtschaftlicher Produkte, den Mühlen, Baumwollspinnereien, Schlachthäusern an einen unter staatlicher Kontrolle bestehenden Fonds abgeführt werden. Aus diesem Fonds sollen diejenigen Farmer dann einen entsprechenden Betrag erhalten, die ihre Anbauflächen um den für sie festgesetzten Prozentsatz verringert hatten. Neben Weizen und Baumwolle sind dem Plan auch Tabak und Schweine unterworfen. Die Bill will die der Baumwollindustrie auferlegten Lasten durch entsprechende Zölle auf Baumwolle und Jute (resp. auf Baumwolle- und Jute-Erzeugnisse) ausgleichen. Aus diesen Zolleinnahmen sollen dann Ausfuhrprämien gezahlt werden, damit die Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigt werde.

Höhere Lebensmittelpreise, höhere Textilpreise werden das Ergebnis sein. In dem Maße, wie die Kaufkraft der Farmer steigen wird, wird die Kaufkraft der städtischen Lohnempfänger fallen. Die Lebenshaltungskosten werden steigen, die Ausbeutung wird schärfer. Und am Schluß des Reizens eine weitere Schrumpfung des inneren Marktes, eine weitere Vertiefung der industriellen wie der landwirtschaftlichen Krise. Planwirtschaftliche Einbauten zu Lebzeiten des Kapitalismus stellen kein neues Wirtschaftssystem dar, sondern nur eine unzureichende Modifikation der Konkurrenzwirtschaft. Grundsätzlich sind sie nicht mehr und nicht weniger als die von den verschiedenen Staaten aufgerichteten Zollschranken.

Jede Maßnahme, die kapitalistische Regierungen heute einleiten, verursacht im Endergebnis nur schärfere Ausbeutung und neue Erwerbslosenmassen. Das Kapital ist gezwungen auf der ganzen Linie zur Einschränkung der Produktion, zur Vernichtung von Gütern zu schreiten. Doch mildern diese Maßnahmen die Widersprüche der Produktion nicht. Die Produktionsverhältnisse sind mit den stehenden Produktivkräften in Widerspruch geraten.

Politische Polizei unter Nazi-Führung

Berlin, 24. Februar.

CNB. Wie wir bereits berichteten, erhält die politische Polizei eine eigene Exekutive in Gestalt von Bereitschaften zur besonderen Verwendung der Schutzpolizei.

Wie wir erfahren, dürften insgesamt drei solcher Bereitschaften aufgestellt werden. Führer der Bereitschaften wird Polizeimajor Wecke, der Vorsitzender der nationalsozialistischen Schutzpolizeibeamten ist und von Minister Göring ins Innenministerium berufen wurde. Die Polizeibeamten für die Bereitschaften zur besonderen Verwendung werden von den Bereitschaftsführern aus den verschiedensten Formationen der Schutzpolizei ausgewählt. Sie müssen ganz bestimmten Anforderungen entsprechen.

(Wie diese „ganz bestimmten Anforderungen“ aussehen werden, kann man sich leicht vorstellen wenn man gleichzeitig hört, daß der Führer Vorsitzender der nationalsozialistischen Schutzpolizeibeamten ist. Die Red.)

Der „neutrale“ Rundfunk

In der Woche vom 26. Februar bis 4. März, also in den letzten sieben Tagen vor der Wahl werden im deutschen Rundfunk folgende Mitsendungen gehalten: Hitler viermal, Seidler viermal, Hugenberg dreimal, Dapen dreimal, Göring einmal. An sieben Tagen 15 Ministertreden — von den sonstigen Übertragungen nationalsozialistischen und deutschnationalen Charakters ganz abgesehen. So wird in der Praxis die Erklärung „neutralität“ die die Regierung einige Tage nach ihrem Antritt veröffentlicht hat, der Rundfunk solle in keiner Weise in den Wahlkampf eingreifen. Diese „Neutralität“ besteht darin, daß außer den Führern der NSDAP und der Deutschnationalen niemand im Rundfunk sprechen darf.

Vernichtungsfeldzug gegen Arbeiter-Presse

An einem Tage 20 neue Verbote!

Es sind in den letzten 24 Stunden neuerdings folgende Zeitungsverbote erlassen worden.

Das sozialdemokratische „Rathenower Tageblatt“ vom 24. bis 28. Februar.

Die sozialdemokratische „Brandenburger Zeitung“ vom 24. bis 28. Februar.

Das sozialdemokratische „Potsdamer Volksblatt“ vom 24. bis 28. Februar.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ Schmalkalden bis zum 27. Februar.

Das sozialdemokratische „Volksblatt Halle“ auf eine Woche.

Das wöchentlich erscheinende Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften in Rosenheim bis 1. April.

Das Organ des Deutschen Bauergewerksbundes „Grundstein“ bis zum 1. Mai.

Die sozialdemokratische „Danziger Volksstimme“ für das deutsche Reichsgebiet bis zum 31. Mai.

Das Berliner Wochenblatt „Entscheidung“ bis 15. März.

Die „Deutsche Reichszeitung“ in Bonn auf drei Tage.

Die „Herzogener Zeitung“ in Herzogenrath (Kreis Aachen) auf drei Tage.

Die Wochenzeitung „Junge Front“ in Düsseldorf auf drei Wochen.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Saarbrücken für das Reichsgebiet bis 31. Mai.

Der kommunistische „Kämpfer“, Chemnitz, auf fünf Tage.

Die kommunistische illustrierte Zeitschrift „Der rote Stern“ bis 30. April.

Das kommunistische Mitteilungsblatt „Der rote Wähler“ bis 21. April.

Die Zeitschrift der KPD (Opposition) „Gegen den Strom“ bis 21. Mai.

Die Zeitschrift der Roten Hilfe „Tribunal“ bis 17. April.

Die kommunistische Zeitschrift „Unsere Zeit“ bis 21. August.

Das Zentralorgan des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, „Die junge Garde“ bis 2. Mai.

Die Beschlagnahme wurde in Erfurt die sozialdemokratische „Tribüne“ und über 100 000 sozialdemokratische Flugblätter sowie mehrere tausend Broschüren und Zeitschriften der Roten Hilfe und des Internationalen Bundes der Kriegsoffer. Beschlagnahme wurden weiter in Braunschweig Wahlplakate der Deutschen Staatspartei.

Der Polizeipräsident von Dortmund hat den „Dortmunder General-Anzeiger“ und die „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ wegen ihrer Berichterstattung über die Nazistatistiken in Großbeeren beschlagnahmungen lassen.

Japans Bruch mit dem Völkerbund

Genf, 24. Februar.

Die Völkerbundsversammlung nahm heute den Bericht gegen Japan an. Von 44 abstimmenden Staaten waren für den Bericht 42, Siam enthielt sich der Stimme, Japan lehnte ab.

Der Vertreter Chinas erkannte den Bericht ohne Vorbehalte und Einschränkungen an.

Nach der Völkerbundsatzung ist nunmehr die Bestimmung in Kraft, daß gegen denjenigen Staat, der sich den Empfehlungen des Berichts fügt, also gegen China, nicht zum Kriege geschritten werden darf.

Die Japaner verließen nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses demonstrativ den Saal.

Damit hat eine 17 Monate andauernde Katzbalgerei im Völkerbund ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Den Regierungen der beiden führenden Staaten im Völkerbund, England und Frankreich, ist die Entscheidung gegen Japan sicher am allerschwersten gefallen. Sie stimmten nur unter einer unausweichlichen Zwangslage für China und gegen Japan, das sie bisher trotz aller Räubereien deckten und bei dem auch weiterhin ihre Sympathien stehen.

Wenn England, Frankreich und damit der ganze Völkerbund sich für Annahme des Schlussberichts der Neunzehnerkommission und damit gegen die ganze japanische Aktion in China ausgesprochen haben, so deshalb, weil eine andere Abstimmung die Sprengung des Völkerbundes bedeutet hätte. Japan hat seit September 1931 fortgesetzt und planmäßig alle Völkerbundsverträge und -Satzungen, sowie alle von ihm selbst feierlichst abgeschlossenen und anerkannten Chinaverträge mißachtet, mit Bomben und Granaten in Fetzen zerrissen. Schon vor 17 Monaten hätte sich der Völkerbund klar und eindeutig gegen Japan entscheiden müssen. Sein Zögern und Ausweichen hat Japan zu immer weiterer Ausbreitung seines imperialistischen Raubzuges ermuntert.

Die in Genf gefallene Entscheidung bedeutet eine jähe Steigerung der Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges von ungeheuren Ausmaß. Japan wird zweifellos jetzt die durch Abstreifen der letzten Völkerbunds-„Fesseln“ gewonnene „Freiheit“ zu einem noch rücksichtsloseren Vorgehen, das heißt zu einem offenen und hemmungslosen Eroberungskrieg gegen China ausnützen. Da hierbei nicht nur die Interessen Chinas auch als Völkerbundsmitglied aufs schwerste geschädigt, sondern auch die verschiedenen gelagerten imperialistischen Interessen Amerikas, Englands und Frankreichs betroffen werden, so muß das die Gegensätze unter den übrigen imperialistischen Räubern verschärfen und die akute Kriegsgefahr steigern. Mit einem geschlossenen Engreifen des Völkerbundes gegen Japan, oder gar einer einheitlichen Völkerbunds-Intervention mit Waffengewalt gegen Japan ist bestimmt nicht zu rechnen.

Die Kämpfe in Jehol

Peking, 24. Februar.

(Reuter.) Wie verlautet, sollen 100 000 Japaner und 30 000 Mann Mandschukootropfen in Jehol stehen. Bis jetzt hätten chinesischerseits nur Freiwillige an den Kämpfen teilgenommen, da die regulären Truppen noch nicht eingesetzt worden seien. Nach Nachrichten aus chinesischer Quelle soll der

Frontalangriff der Japaner gegen Tschaojang zu keinem Erfolg geführt haben, was die Japaner veranlaßt habe, eine Umgebungs-bewegung in südlicher Richtung auszuführen. Es herrsche im Operationsgebiet eine grimme Kälte.

Tungliou (Mandschurei), 24. Febr.

WTB. Die mandchurischen Streitkräfte sind heute mittag unter Führung des Generals Tschanghai-peng in Kailu eingedrungen.

Rückzug der Chinesen bei Tschauyang

Peking, 23. Februar.

(Reuter.) Wie eine aus amtlicher chinesischer Quelle stammende Nachricht aus der Stadt Jehol besagt, teilt der Gouverneur von Jehol Tangyulien folgendes mit: Nach dreitägiger Beschießung der Stadt Tschauyang und der benachbarten Ortschaften richteten 30 000 Japaner, unterstützt von 10 000 mandchurischen Soldaten, einen heftigen Angriff gegen Tschauyang. Sie verwendeten dabei Infanterie, Artillerie, Tanks und Flugzeuge. Vor diesem furchtbaren Ansturm zogen die Chinesen ihre vorgeschobenen Abteilungen in die Gegend von Nanling, Pelpiao und die befestigte Linie von Tschauyang zurück sowie auf die langgestreckte Hügelkette, die das Tal beherrscht, das die Japaner durchqueren müssen, wenn sie ihre Offensive fortsetzen wollen.

Rücktritt der norwegischen Regierung

Oslo, 24. Februar.

WTB. Der Storting nahm in seiner heutigen Abend-sitzung die Resolution der Radikalen, die Ministerpräsident Hundseid gestern abgelehnt hatte, mit 80 gegen 67 Stimmen an. Der Ministerpräsident erklärte daraufhin, daß die Regierung morgen dem König ihr Rücktrittsgesuch unterbreiten werde.

Neue Opfer

Berlin, 25. Februar.

In der letzten Nacht ereigneten sich an verschiedenen Stellen der Stadt wieder Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Linkstehenden.

In der Malmer Straße im Norden Berlins wurde der 25 Jahre alte Tischler Artur Stielowski aus der Stolpischen Straße mit einem schweren Rückenstich und der 23 jährige Angestellte Kurt Jendrich aus der Bornholmer Straße mit einem Halschuß aufgefunden. Außerdem wurde der 37 jährige Dachdecker Paul Dammasch am Kopf verletzt. Die Täter sind entkommen. Ueber die Parteizugehörigkeit der Verletzten wurde bisher nichts berichtet.

Heute mittag wurden in Breslau vor dem Büro des Reichsbanners zwei Reichsbannerleute von Nazis angerepelt und der eine von ihnen erhielt einen tiefen Stich in die Schulter.

Preußischer Staatsrat gegen Reichsregierung

Im preußischen Staatsrat fand eine politische Aussprache über die letzten Vorgänge in Preußen statt, sowohl über die Absetzung der Regierung Braun wie über die in der Öffentlichkeit kritisierten Erlasse des Kommissars Göring an die Polizei. Der Aussprache lag eine Reihe von Anträgen zugrunde, die, vom Zentrum und der Sozialdemokratie gestellt, im Verfassungsausschuß bereits eine Mehrheit erhalten hatten.

Nach längerer Aussprache wurden die Anträge des Verfassungsausschusses vom Staatsrat angenommen; desgleichen wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, der die sofortige Aufhebung aller Versammlungs-, Demonstrations- und Presseverbote fordert und Protest einlegt gegen die Benützung des Rundfunks durch die Reichsregierung zur Wahlpropaganda für die Nationalsozialisten und für die Deutschnationalen.

Scharfe Töne aus Bayern

Nürnberg, 23. Februar.

CNB. Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, hielt in Forchheim eine Wahrede, in der er sehr heftig gegen die Reichsregierung polemisierte. Die Nationalsozialisten sagten heute ganz offen, daß nach den Wahlen ein Reichskommissar in Bayern eingesetzt werde. Er, Schäffer, habe in Berlin erklärt, daß Bayern sich das nicht gefallen lassen werde, und daß die bayerischen Wehrverbände einschließlich des Stahlhelms den Reichskommissar an der Grenze verhaften würden. Mit dem freien Willen des Reichspräsidenten werde sicher kein Reichskommissar nach Bayern kommen, aber an den Reichspräsidenten komme man heute nicht mehr heran. Schäffer drohte dann, daß Bayern die Vergangenheit zu Hilfe rufen und die Monarchie erklären werde. Er schloß wörtlich: Wenn der Staatsgerichtshof zerstört ist, und mit ihm das deutsche Reich und die Verfassung, dann sind auch wir in Bayern nicht mehr gebunden.

Der Nazianwalt von Potempa wird Sonderkommissar!

Berlin, 24. Februar.

CNB. Der aus zahlreichen Prozessen bekannte Rechtsanwalt Luettegebrune aus Göttingen (der Verteidiger der Potempa-Mörder! Die Red.) ist als Kommissar zur besonderen Verwendung ins preußische Ministerium des Inneren berufen worden. Er wird den Reichsminister Göring in allen wichtigen Rechtsfragen beraten.

Redeverbot für Grzesinski

Dortmund, 24. Februar.

WTB. Der Polizeipräsident hat ein generelles (allgemeines) Redeverbot für die Sozialdemokraten Grzesinski und Hansmann erlassen, da ihr Auftreten eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen würde.

SPD-Versammlung verboten

Essen, 23. Februar.

Die Polizeipressestelle teilt mit: Die für heute abend im Zirkus Hagenbeck vorgesehene Wahlversammlung der SPD, in der Scheidemann sprechen sollte, mußte eine Stunde vor Beginn wegen der unmittelbaren Gefahr erster Störung der öffentlichen Sicherheit polizeilich verboten werden.

KPD-Versammlungen aufgelöst

Berlin, 24. Februar.

CNB. Drei Versammlungen der Kommunisten in Berlin, darunter eine Kundgebung im Sportpalast wurden gestern abend von der Polizei aufgelöst.

Dortmund, 23. Februar.

Wegen wiederholt vorgekommener Gewalttätigkeiten und sonstiger Störungen der öffentlichen Ordnung durch Angehörige der Kommunistischen Partei wird der Polizeipräsident für den Bereich des Präsidentschaftsbezirks Dortmund in Zukunft keine Versammlungen und Aufzüge der KPD unter freiem Himmel noch in geschlossenen Räumen mehr zulassen.

Nur die Nazis dürfen sammeln

Frankfurt a. O., 23. Februar.

WTB. Der Regierungspräsident von Frankfurt a. O. hat für den ganzen Bezirk alle kommunistischen Sammlungen von Geld oder Sachspenden verboten.

Breslau, 23. Februar.

WTB. Im Regierungsbezirk Breslau sind sämtliche kommunistischen Straßen- und Haussammlungen verboten worden.

Merseburg, 23. Februar.

Im Regierungsbezirk Merseburg sind sämtliche kommunistischen Straßen- und Haussammlungen verboten worden. Unter das Verbot fallen nicht die Sammlungen unter den eigenen Parteimitgliedern.

Auch ein Geschäftsbericht

Letzter Appell an die Freidenker-Genossen — Wie Pietsch u. Co. mit den Geldern der Mitglieder Fraktionsarbeit machen

Zu Beginn dieser Woche — offensichtlich und eindeutig mit demagogischen Hintergedanken so kurz vor der Wahl — wurden den im DFV organisierten Genossen ein gedruckter Geschäftsbericht für das Jahr 1932 zugestellt.

„Den Genossen“? Das hieße allen O nein! Ostentativ hat man einige Mißliebige, darunter auch Abteilungsleiter, ausgelassen. Man wird natürlich behaupten, das sei nur „Zufall“, „Bummelei“ der zuständigen Funktionsräte.

Doch nun zum Geschäftsbericht selbst! Er ist von A bis Z eine Fraktions-schrift der reformistischen Bürokratie, das heißt der Pietsch, Wagner, Mimietz u. Co. Er ist eine einzige Schmäh-schrift gegen unseren Genossen Kirstein.

Eine einzige unwahre und verlogene Verleumdung der Opposition im Deutschen Freidenker-Verband.

Freidenker-Genossen, zur Herstellung solcher Fraktionsblättchen verwendet eure Verbandsbürokratie eure mühselig von den wenigen Mark der Unterstützung und des kärglichen Lohnes abgesparten und abgehängerten Plennige, die als Beiträge abgeführt worden sind.

Pietsch ist zwar in diesem Bericht mit sich und der Welt äußerst zufrieden, doch nicht wir.

Uns interessiert vor allem der Kassenbericht und speziell die Seite der Ausgaben. Da können wir feststellen,

daß etwa rund 80 Prozent der vereinnahmten Gelder auf „Verwaltungskosten“ draufgegangen sind.

Nur 20 Prozent hat man für sogenannte kulturpolitische Veranstaltungen (die mit Kulturpolitik aber nichts zu tun haben) verausgabt. Etwa für einen Experimentalvortrag des Bergmannes Paul Diebel, der die Wunder der Therese Neumann von Konnersreuth „kopierte“, und auf eine Morgenfeier, „Das Erwachen der Seele“ und was dergleichen kleinbürgerlicher Krimskrams mehr ist.

Nicht eine einzige Veranstaltung, die den breiten Massen Aufklärung über den Vormarsch der Reaktion und das Muckertum gebracht hätte, und die den Kampfeswillen mobilisiert hätte. Nicht eine einzige Veranstaltung gegen den § 218, gegen die Festschließung und Verpfändung der Schulen. Nicht eine einzige Veranstaltung, die gezeigt hätte, daß der DFV nicht nur eine Bestattungskasse, sondern eine kulturpolitische Organisation des kämpfenden deutschen Proletariats ist.

Kein Wunder, daß man nur — wie im vorvorigen Jahre — etwa 10.000 Mitglieder zählt. Man scheint stolz darauf zu sein, daß man keine Mitglieder verloren hat.

Man vergißt aber, daß in dieser Zeit der starken Abwanderung der Proleten von der Kirche (wir erinnern nur an die große Zahl der aus der Kirche Ausgetretenen in Sachsen) das Nichtwachsen der Mitgliederzahl im DFV ein Beweis für die Unfähigkeit und Untätigkeit der Führung ist.

Der DFV stagniert in Breslau.

Man hat ja auch nichts unternommen, um zum Kirchenaustritt zu werben. Einzig und allein die Opposition im DFV ist es gewesen, die eine intensive Kirchenaustrittspropaganda betrieben hat. Und nicht ganz ohne Erfolg.

Im Dezember haben 146 Proletarier in Breslau nachweislich auf Grund der Arbeit der Opposition der Kirche den Rücken gekehrt.

Wir sind mit diesem Erfolg keineswegs zufrieden. Was hätte aber geleistet werden können, wenn auch die Verbandsbürokratie aktiv an der Kampagne teilgenommen hätte und die Massen der im DFV Organisierten für eine solche Kampagne mobilisiert hätte?

So ist dieser Bericht — das muß immer und immer wieder betont werden — ein einzigartiges Dokument der Untätigkeit und der Unfähigkeit.

Es heißt dort an einer Stelle über die Jugendgruppe:

„Die Gruppe kann nicht leben und nicht sterben. Es sind sehr bescheidene Ziffern, die im Geschäftsbericht das Verhältnis andeuten.“

Man versucht nun aber demagogisch und verlogenerweise die Schuld auf die politisch-revolutionäre Auffassung der Jugend zu schieben.

Politische Aktivität und Zielklarheit „wirken nicht auf die Massen verbend“, behaupten die Herren Pietsch und Wagner in ihrem Bericht.

Und so kommt es auch, daß diese Herren in ihrem Machwerk wortwörtlich fragen:

„Was soll man dazu sagen, daß ein Vertreter der Opposition, unser Mitglied Kirstein, nichts weniger verlangt, als eine großzügige, im Reichsmaßstab gehaltene Aktion gegen den Krieg, und seine Ansicht damit begründete, daß der Hauptvorstand seine fünf Millionen Reservelöhne wahrscheinlich benützen wird, um im nächsten Weltkriege Kriegsanleihe zeichnen zu können.“

Pietsch stellt fest, daß dieses Verlangen „unsinnig“ sei. Wir stellen fest, daß sich eine solche Behauptung selbst richtet, daß es keinen denkenden Proleten geben wird, der nicht von der Wichtigkeit des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg in seinem Innersten überzeugt ist.

Und so vollführt Pietsch einen wahren Eiertanz, um in demagogischer Weise angeblich nachweisen zu können, wie notwendig es gewesen sei, die Rechte und den Willen der Mitgliedschaft zu knebeln und das Vertretersystem einzuführen, um somit die Opposition zur Strecke zu bringen.

Nun, das soll ihm nicht so leicht gelingen! Im vorigen Jahr stand noch keine geschlossene Front der Opposition, über die Parteischranken der revolutionären Arbeiter-Parteien hinweg, da. In diesem Jahr ist diese Front geschlossen. Wer daher dafür ist, daß der DFV ein kulturpolitisches Werkzeug im Kampfe der deutschen Arbeiterschaft gegen seinen Klassenfeind sei, wer für die Erhaltung und die Wahrung der Mitgliederrechte im DFV ist, der wähle die Liste 2 „Verbandseinheit und Wahrung der Mitgliederrechte“, der wähle

die Liste, die mit den Namen der Genossen: Tschirner, Gläser, Kirstein, Anna Felten, Kalinke, Kluge, Henkel, Thamm, Seewald usw. beginnt.

Freidenker-Genossen der Opposition, heraus zur Wahl!

Keiner darf am Sonntag der Wahlurne fernbleiben!

Der letzte Genosse muß mobilisiert werden!

Ihr habt dafür Sorge zu tragen, daß eure Freunde und Bekannten im Freidenker-Verband zur Wahl gehen und für die Liste 2 stimmen!

Seid kampfbereit!

Freidenker kampfbereit!

(Sonderbericht der SAZ)

Bunzlau, 24. Februar.

Die Generalversammlung der Ortsgruppe nahm die üblichen Jahresberichte entgegen, aus denen zu entnehmen war, daß trotz der Ungunst örtlicher organisatorischer Verhältnisse die Aktivität der Gruppe im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren gesteigert werden konnte. Der erste Versuch eines Kirchenaustritts gelang mit Erfolg. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre etwas zurückgegangen, einmal, weil scheinbar den ganz parteifanatischen SPD-Genossen der KPD- und SAP-Vorstand nicht gefällt, zum anderen aber, weil die sogenannte „Bruderorganisation“, die freireligiöse Gemeinde, eine merkwürdige Art der Mitgliederwerbung auf Kosten des DFV betreibt. Die Versammlung nahm dazu wie folgt Stellung:

„Die Mitgliedschaft der Ortsgruppe Bunzlau des DFV wendet sich gegen den unzulässigen Wettbewerb der Freireligiösen Gemeinde Bunzlau, deren Funktionäre dem DFV Mitglieder abtreiben mit dem demagogischen Hinweis auf ein Verbot des DFV und den damit angeblich verbundenen Verlust der gezahlten Beiträge und der Leistungen der Sterbekasse. Dieses Verhalten einer Bruderorganisation ist unverantwortlich in einer Zeit, in der alles zu einer Zusammenfassung der proletarischen Kräfte gegen den Kulturfaschismus drängt. Die aus kleintlichem Vereinfachismus und Vereinseitigkeit geborene Haltung der Freireligiösen Gemeinde gegen den DFV in Bunzlau ist ein Zeichen von großem Mangel an proletarischer Solidarität und Klassenbewußtsein.“

Dann kam der Höhepunkt des Abends: Der Bezirkssekretär Pietsch, Breslau, sprach über die organisatorische Lage, dazu machte er einige Bemerkungen zur kulturpolitischen Situation. Seine von Anfang bis Ende mit Humor gewürzten Ausführungen zeigten besser als alles andere, wie sehr wir uns in dieser ersten Kampfzeit auf unsere Führer verlassen können, die heiter lächelnd in die Zukunft sehen und vor

lauter Rosenrot gar nicht merken, wo wir heute schon stehen!

Die brennende Frage eines Verbots des DFV wurde wie eine Bagatelle behandelt.

In der Aussprache wurde dann von den Sprechern der KPD und SAP erst einmal der Ernst der Situation aufgeklart und betont,

daß wir unsere Funktion nicht in der Bestattungskasse erschöpft sehen, sondern daß an erster Linie unser kulturpolitisches Programm zu stehen habe.

Die Mitgliedschaft wandle sich in Übereinstimmung mit den oppositionellen Rednern gegen eine staatliche Aufsicht, für Betonung des Kampfcharakters unseres Verbands.

Genosse Pietsch machte sich sein flüchtiges Schlagwort sehr leicht, ließ aber dabei erkennen, daß hinter dem humorvollen Gemütsmenschen doch der Verbandsbürokrat steckt, der auf Widerspruch unangenehm zu reagieren pflegt.

Wir haben seit fünf Jahren erstmalig Genosse Pietsch wieder bei uns gehört und können jetzt unsere Breslauer Genossen sehr gut verstehen.

Zum Schluß wurde noch einstimmig eine Entschliebung zur gegenwärtigen politischen Lage angenommen, in der die Forderung der Schaffung einer proletarischen Einheitsfront allen Arbeiterorganisationen in Bunzlau unterbreitet wird.

Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des alten Vorstandes. Nur die Posten des zweiten Vorsitzenden und des Kassierers mußten neubesetzt werden, weil die bisherigen Amtsinhaber (SPD) zum Teil zur Freireligiösen Gemeinde übergelaufen waren.

Der Verlauf der Versammlung ergab Übereinstimmung im Willen, die Bewegung im neuen Kampffahre auch unter den erschwerten Verhältnissen vorwärtszutreiben, kampfbereit für Entscheidungen!

Ausführungen der kommunistischen Sache einen schlechten Dienst.

Anschließend wurde eine Resolution, die den kämpfenden Jungarbeitern die Solidarität aller Versammlungsbesucher ausdrückt, einstimmig angenommen. Ein Antrag des KJV, in einer Resolution zum Eintritt in den roten Massenselbstschutz aufzufordern, wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt, da der rote Massenselbstschutz keine überparteiliche Organisation, sondern ein Instrument der KPD ist. Mit dem Gesang der Internationale fand die prächtig verlaufene Versammlung ihr Ende.

An den schlesischen SJV Genossinnen und Genossen!

Ueber ein Jahr haben wir in enger Kampfgemeinschaft mit der SAP im politischen Leben gestanden. Wir haben in dieser Zeit einen Kampf geführt gegen die Unterdrückung und Verelendung der proletarischen Jugend. Die kapitalistische Gesellschaft ist nicht inlande gewesen, dem Millionenheer der arbeitslosen Jugend Arbeit zu verschaffen. Statt dessen werden die Jugendlichen abgespeist mit Arbeitsdienst, Zwangskursen und Unterstützungsabbau. Durch die Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Situation werden noch größere Anforderungen in den kommenden Wochen an uns heran treten.

Die Kämpfe der Vergangenheit werden klein erscheinen, zu denen, die vor uns stehen. Schafft überall das Rüstzeug für diesen Kampf. Schließt enger die Reihen; fester den Tritt gefaßt. Unser Feind muß, wenn er an unserer Bewegung rütteln will, auf Granit beißen.

Unsere Organisation, gegründet und aufgebaut im Kampf gegen Reformismus und Faschismus, muß für alle Zeiten ein Kader für den Kampf der Arbeiterklasse sein.

Kampfbereit!
Die Bezirksleitung.

Neue Ortsgruppe der SAP

In Grob-Mochbarn bei Breslau wurde gestern eine Ortsgruppe der SAP gegründet. Sie zählt bereits 17 Mitglieder.

Ein Beweis, daß unsere Partei Werkbekaft besitzt, daß die von uns vertretenen Ideen und die von uns propagierten Lösungen richtig sind, und daß wir überall dort, wo wir intensiv arbeiten, Resonanz bei den Arbeitermassen finden.

Wir begrüßen die neuen Kämpfer für die Sache des Sozialismus mit einem Kampfbereit!

Eifersuchtstragödie

Gleiwitz, 24. Februar.

Freitag vormittag zeigte der 37jährige Erwerbslose Ruda aus Gleiwitz bei der Polizei an, daß er am Donnerstagabend seine Frau, mit der er seit drei Monaten verheiratet ist, erschlagen habe. Als Beweggrund für seine Tat gab er an, daß er seine Frau bei einem Ehebruch überrascht habe. Er habe den Liebhaber, dessen Name feststeht, geschlagen und hinausgeworfen und Jann in seiner Wut seine Frau erschlagen. Die Mordkommission begab sich in die Wohnung und ist zurzeit noch mit den Ermittlungen beschäftigt. Ob der Tod der Frau durch Erdrosseln oder Schläge gegen die Schläfe herbeigeführt worden ist, muß erst die Obduktion ergeben.

Tödlicher Grubenunfall

Waldenburg, 24. Februar.

Heute früh gegen 5 Uhr wurde in der 18. Abteilung des Tiefbauschachtes der Hauer Paul Tautz, aus Waldenburg, von hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet. Trotz sofort vorgenommener Bergungsarbeiten konnte Tautz nur als Leiche geborgen werden. Er ist 44 Jahre alt und verheiratet.

PKG-Morgenfeiern

am Sonntag, vorm. 9.30 Uhr, im Zentral-Kino, 10.30 Uhr im Kristallpalast.
Eintritt 20 Pfg. (Organisationsausweis mitbringen.) (Der Film ist nicht jugendfrei. Jugendliche unter 18 Jahren können nur in Begleitung von Erwachsenen der Veranstaltung beiwohnen.)

Blutiger Ausgang einer Familienstreitigkeit

Beuthen O/S., 24. Februar.

Im Verlaufe einer Familienstreitigkeit stach der 55jährige stellungslose Offensetzer Emanuel Zoedler mit einem Messer auf seinen 28 Jahre alten ebenfalls arbeitslosen Sohn ein. Drei Stiche gingen ins Gesicht, ein Stich unterhalb des Herzens und ein Stich in die Lunge. Als sich die Ehefrau zwischen die beiden warf, erhielt sie ebenfalls einen Messerstich, der unter dem linken Auge eindrang. Auf Veranlassung der Polizei wurden die Schwerverletzten ins Krankenhaus geschafft. Der Täter, der beim Eintreffen der Polizei flüchten wollte, wurde festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert.



Ganovenreihe (oder: „Es tut sich was, wenn man die Schnauze nicht hält!“)

(Gloria-Palast)

Wie wohlig graut sich's doch bei ein paar kräftigeren Worten, bei wild gerollten Augen, hysterischem Gekreische, wenn man weiß, daß man im Parkettsessel sicher sitzt. Es ist schade um die ernste Arbeit von wirklich tüchtigen Scheuspielern (Röttrant Richter, Kampers, Oss... usw.), die unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse auf diesen Film verbannt wurde. Unterweltmilieu ist nur stellenweise getroffen, während man häufiger die Unwahrscheinlichkeit der Gestaltung nur zu deutlich spürt.

Für den Spießler im Parkett ein angenehmes Gruseln — für Menschen mit noch nicht ganz verdorbenem Geschmack gleichfalls ein Grausen.
W.G.

„Sethsucht 202“ im Zentral-Theater

Die Handlung dieses Films ist selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus eine Unmöglichkeit. Warum müssen Filme, die sonst nette, lustige Einfälle haben und flott gespielt werden, stets eine Handlung haben, die jeder Wirklichkeit ins Gesicht schlägt? Im Beiprogramm läuft der Film „Tarzan“, der nach dem seinerzeit viel gelesenen Roman gleichen Namens gedreht ist und ausgezeichnete Tieraufnahmen bringt.

Sonntag

letzter Termin zum Einsehen der Wähler-Listen

Vergeßt das nicht zu tun! Sie sind neu ausgeschrieben und daher voller Fehler! So wurde wiederholt festgestellt, daß in einzelnen Fällen ganze Häuser einzutragen vergessen waren.

Leticia die umkämpfte Stadt

Ein Feuilleton nicht ganz ohne Politik

Asuncion, 25. Februar.

Das peruanische Parlament ist zu einer Sondersitzung zusammengetreten. In der der Regierung die Genehmigung zur Kriegserklärung an Bolivien erteilt werden soll.

Unweit der Mündung des Rio Marañon, eines der Nebenflüsse des oberen Amazonasstroms, liegt die Urwaldstadt Leticia. Natürlich darf man nicht an eine Stadt im europäischen Sinne denken. Auf einem Boden, der mit unendlichem Fleiß der grünen Wildnis abgerungen worden ist, erheben sich ein paar hundert palmgedeckte Holzhäuser, es gibt eine Kirche, und es gibt eine Plaza, den Stadtplatz den man in jeder Ortschaft des spanisch sprechenden Südamerika findet, und an Festtagen weht an einer Fahnenspitze auf der Plaza die gelb-blau-rote Flagge der Republik Columbia. Das heißt, sie wohnte dort bis zum 1. September vorigen Jahres. Bei Anbruch dieses Tages nämlich fiel eine kleine Truppe peruanischer Chauvinisten in Leticia ein, übernahm kurzerhand die Verwaltung der schutzlosen Stadt und ließ auf der Plaza die rot-weiß-rot leuchtenden Farben Perus.

Die Möglichkeiten für einen neuen Krieg waren geschaffen.

Der Streit um das romantische Urwaldstädtchen Leticia geht zurück bis ins Jahr 1822. Damals waren vermutlich nur kleine Rodungen vorhanden, um denen sich Siedlertum hier und da eine Hütte aufbaute, aber den Wert des Grund und Bodens hatte man bereits hinreichend erkannt.

In üppigen Mengen gedehlt dort der Gummibaum, der Baumwollstrauch und die Tabakpflanze.

Columbia sowohl wie Peru wünschen Nutznießer dieses Überflusses zu sein, und aus der schwierigen Transportfrage ist der Streit um Leticia entstanden.

Über die Aufteilung des fruchtbaren Gebietes hatte man sich endlich im Jahre 1922 geeinigt: es wurde ein Vertrag zwischen den beiden Ländern geschlossen, der von Columbia im Oktober 1925, von Peru im März 1927 ratifiziert worden ist. Auf Grund dieses Ab-



Kriegsanleihe-Plakat

kommens ging das Marañon-Städtchen Leticia aus peruanischem in columbianischen Besitz über. In Peru aber, wo zur Zeit der Ratiifikation noch der Diktator Leguía herrschte, war man mit der Neuordnung der Dinge gar nicht einverstanden. Man fürchtete, sich eines Vorteils begeben zu haben.

Das Marañon-Gebiet ist nach Westen und Norden, also gen Peru und Columbia, völlig vom Verkehr abgeschnitten. Der Urwald und die Anden machen jeden Transport der Bodenprodukte in dieser Richtung unmöglich; Gummi, Baumwolle und Tabak müssen daher auf dem breiten Wasserwege des Amazonas nach Osten, durch brasilianisches Gebiet, abtransportiert werden. Nicht weniger als 2700 englische Meilen hat der Frachtdampfer bis zur brasilianischen Hafenstadt Pará am Atlantischen Ozean zu bewältigen. Bei der Vertragsschließung glaubten die Parteien, daß die Möglichkeiten zur Verfrachtung paritätisch verteilt worden seien; Columbia nahm Leticia in Besitz und Peru verblieb die Stadt Iquitos, die 300 englische Meilen oberhalb jenes Ortes am Marañon liegt. Die peruanische Volkmeinung jedoch ging dahin, daß das columbianische Leticia eine scharfe Ausfuhrkonkurrenz für das peruanische Iquitos bedeuten würde, die Unruhe lieb nicht nach, und als sich dann tatsächlich der Wettbewerb von Leticia unangenehm bemerkbar machte, kam es am 1. September 1932 zu dem peruanischen Handstreich.

In Columbia schlägt die Erregung hohe Wogen.

Denn erst am 3. August 1932, also einen Monat vor dem Einfall der Peruaner, war von 19 amerikanischen Republiken ein Pakt unterzeichnet worden, der sowohl Columbia wie Peru verpflichtete, auf keinen Fall eine Aenderung des Besitzstandes durch Gewalt vorzunehmen. Das imperialistische Peru hat sich nicht an diesen Pakt gehalten. Die gegenwärtig amtierende Regierung des Diktators Sanchez Cerro versuchte denn auch zunächst, den Handstreich auf Leticia als Machenschaften der regierungsfeindlichen „Apristas“ hinzustellen, doch bewilligte der Kongreß bald darauf eine Anleihe zur nationalen Verteidigung in Höhe von vier Millionen Dollar, worauf die Republik Peru die gewaltsame Aneignung von Leticia zu ihrer Sache machte. Der columbianische Kongreß bewilligte sogar eine „Verteidigungsanleihe“ von zehn Millionen Dollar. Das war im Oktober. Seit dieser Zeit befinden sich beide imperialistischen Länder in unangenehmem Kriegszustand.

Zunächst einmal setzte in Columbia eine Bewegung ein, den Namen von Leticia zu ändern. Er ist nämlich peruanischer Herkunft, und es knüpft sich eine Liebesgeschichte daran. Gründer der Stadt ist ein peruanischer Ingenieur. Während er auf der Namensuche war, entflammte er in heißer Liebe zu der Tochter des englischen Konsuls in Iquitos; diese junge Dame hieß Leticia. Der Ingenieur nannte den neuen Ort nach seiner Liebsten, und diese Aneignung eines glühend peruanischen Herzens gütlich zu sein, erscheint den Columbianern jetzt als vaterlandsfeindliche Handlung. Man hat sich aber bisher auf einen anderen Namen nicht einigen können; Leticia heißt auch heute noch Leticia, allerdings in Columbia löst die Nennung des Wortes hinreißende Begeisterung aus, obwohl es doch peruanischen Ursprungs ist, und der columbianische Nationaldichter Guillermo Valencia hat eine schwungvolle Ode auf die geraubte Urwaldstadt verfaßt. Volksversammlungen und Paraden sind in Columbia an der Tagesordnung. Die Menschen strömen zur

Die Schreckensnacht von Großbeeren

Über die furchtbaren Vorgänge in Großbeeren, über den Überfall der Nazis auf das dortige Gemeindehaus, haben wir bereits gestern berichtet. Wir entnehmen nun als ergänzende Schilderung der Berliner „Welt am Abend“ eine Erzählung der Frau Schlobach, der Frau des Überfallenen. Sie schildert:

„Am Abend, ehe die nationalsozialistische Versammlung von Großbeeren begonnen hatte, kamen mehrere Nationalsozialisten zu meinem Mann, um ihn zu überreden, an der Versammlung teilzunehmen. Mein Mann lehnte das ab.“

Daraufhin zogen sie unter Drohungen ab. Als spät abends der Packelzug an unserem Haus vorbeimarschierte, löschten wir das Licht aus, und auch alle anderen Familien machten Fenster, weil mein Mann jeden Anschein einer Provokation vermeiden wollte. Dann haben wir uns schlafen gelegt.“

Um 11 Uhr wachte ich auf — mir war es, als wäre jemand über den Hausboden gelaufen. Ich weckte meinen Mann, aber der wollte mich beruhigen. Wir schliefen wieder ein. Ich hatte aber doch furchtbare Angst, weil mir die ganzen Drohungen gegen meinen Mann wieder eingefallen waren.“

Eine Stunde später wachte ich wieder auf. Wieder war jemand über den Boden gelaufen. Mein Mann wird munter, wir sehen zum Fenster und sehen dort einen Mann, der eine SA-Uniform trägt. Der Schein einer Blendlaterne fällt auf unser Bett.“

Im gleichen Augenblick kracht ein Schuß. Der Mann am Fenster stand auf einer Leiter, die an das Haus angelegt war. Mein Mann griff nach seiner Schreckschulppistole, die war ungeladen, aber der Bursche, der auf der Leiter stand, ging wieder weg.“

Da hören wir auch schon die Haustür einkrachen. Wir verammelten die Stubentür und schleppten alles heran, aber draußen schlugen sie schon mit Feldsteinen gegen das Holz.“

Zugleich schloß einer von den Draußenstehenden, wir waren verzweifelt und ratlos und riefen um Hilfe, ich glaube, wir haben uns eine halbe Stunde an der verammelten Tür gewehrt.“

Die Männer, die die Tür einschlugen wollten, riefen mehrere Male immerfort zu

Staatsbank, um Gold und Juwelen dazubringen, denn der Kriegsschatz soll vergrößert werden.“

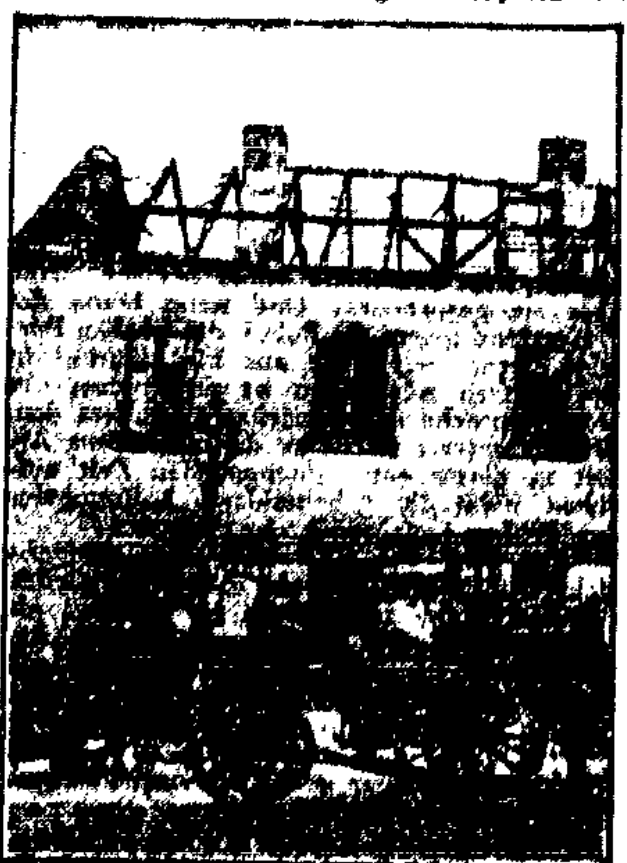
Allen voran ging der columbianische Staatspräsident Olaya Herrera, der in Begleitung seiner Gattin am Schalter der Bank erschien und die Tränke zum Einschmelzen abließ. Wenn auf der Straße jemand mit einem goldenen Ring angetroffen wird, so kann er gewiß sein, daß man ihn anhält und fragt, warum er diesen Ring noch nicht dem Staat zur Verfügung gestellt habe. Es wiederholen sich alle die Szenen, die wir bei Ausbruch des Weltkrieges in den europäischen Ländern erlebt haben.“

Ausgleichsbemühungen haben bis jetzt keinen Erfolg gehabt; die columbianische Regierung hat vielmehr drei bewaffnete Handelsschiffe, die im brasilianischen Hafen Pará auf Order warteten, angewiesen, die Fahrt nach Leticia den Amazonasstrom hinauf anzutreten, um die Stadt zurückzuerobern. Die Schiffe, die Maschinengewehre und Geschütze mit sich führen, haben noch 800 Soldaten an Bord.“

Die ersten Kampfhandlungen haben bereits stattgefunden. Ein Dampfer wurde bombardiert. Eine Hafenstadt beschossen. . . .

Versteckt am Rio Marañon liegt die Stadt Leticia und träumt von den schönen Zeiten, in denen ein liebender Peruaner ihr den poetischen Namen gab.

daß er nicht lebendig fortkäme. Plötzlich gab es einen furchtbaren Krach und die Tür bog zurück, als die



Das niedergebrannte Armenhaus

Möbel weg, wir waren gerade in die Küche gelaufen, und hier schleppten wir wieder alles an die Tür.“

Mein Mann sagte, daß ich zum Fenster rauspringen solle, aber ich wollte hierbleiben, es war in alles schon vorbei. Mein Mann blutete am Fuß. Er konnte nur noch schwer stehen.“

Dann krachte auch die Küchentür zusammen und

in heller Verzweiflung, in Todesangst sprang ich aus dem Fenster.“

Mein Mann hinterher. Unten standen und torkelte Männer, die wir nicht kannten, sie schlugen auf meinen Mann mit dem Totschüßler ein, einer spannte seine Maschinengewehrpistole, um abzudrücken, aber er hatte keine Munition mehr.“

Mein Mann rannte die Dorfstraße herunter. Die Uniformierten hinter ihm her, schlugen auf ihn ein, er war nur im Hemd und hatte bloß einen Mantel über das Hemd gezogen.“

Wie Augen- und Ohrenzeugen des furchtbaren Überfalls berichten, hörte man die gellenden Hilfschreie der Frau Schlombach weit im Dorfe.“

Die Nachbarn fürchteten sich, ihre Türen zu öffnen, um sie aufzunehmen.“

Endlich kam sie in ein Haus. Nach wenigen Minuten schlugen helle Flammen aus dem Giebel des Gemeindehauses. Nach den Angaben von freiwilligen Feuerwehrleuten sind die Möbel sicher mit einer leicht brennbaren Flüssigkeit begossen worden, ehe man sie in Brand steckte.“

Der „Silbersee“ zurückgezogen

Magdeburg, 24. Februar.

CNB. Auf die Proteste nationaler Verbände und rechtsgerichteter Zeitungen hin hat die Intendantur der Magdeburger Städtischen Bühnen das Kaiser-Wallische Stück „Der Silbersee“ aus dem Spielplan ganz zurückgezogen. Es wird nur in geschlossenen Aufführungen gezeigt.

Im Lande des Schreckens

Von MARIA LEITNER
Aus „Eine Frau reist durch die Welt“

Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien 1932.
Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Doch gelingt es immer wieder einigen Glücklichen zu entkommen. Man braucht zum Beispiel gerade dringende Arbeitskräfte im Urwald, dann stellt man sie ein, statt sie auszuliefern. Oder die Sträflinge geraten durch Zufall an Menschen, die bereit sind, ihnen zu helfen, statt sie der Polizei auszuliefern. In Moengo, der amerikanischen Aluminiumstadt in Holländisch-Guayana, habe ich verschiedene frühere Sträflinge getroffen. Der älteste Einwohner Moengos, der eigentliche Begründer der Stadt, ist auch ein früherer Sträfling, er ist ein Deutscher.

Auch die deutschen Herrnhuter, die sogenannte Kersten-Gesellschaft, helfen deutschen entkommenen Sträflingen. Können sie soviel Geld aufbringen, daß sich der Flüchtling ein Boot besorgt, mit dem er direkt nach Venezuela fahren kann, bevor das Auslieferungsverfahren von der französischen Regierung in Gang gesetzt wird, besteht die Möglichkeit einer Rettung.

In Paramaribo wurde mir von einem deutschen Flüchtling erzählt, dem es mit ungeheurer Willenskraft gelungen ist, nach Venezuela und von dort nach Deutschland zu entkommen. Vor einigen Monaten bekamen seine Freunde in Holländisch-Guayana Nachricht von einem deutschen Irrenhaus, der Mann starb dort.

Aber die Beispiele der wenigen Glücklichen und die Verzweiflung treiben immer neue zu Fluchtversuchen, obgleich das Los der Wiedererlangten um so schlimmer ist. Ein „Libéré“, der zu entkommen versucht, kommt wieder ins Gefängnis, in Gefängnisse, die besonders bewacht werden, und sie erdulden schärfste Strafen. Und doch, fast jeden Tag

versucht einer aus Saint-Laurent zu entkommen.

Rue Voltaire, Rue Jan Jacques Rousseau, Rue Victor Hugo. Wenn die das ahnten, daß die Straßen Saint-Laurents gerade nach ihnen heißen. Die armseligsten, hoffnungslosesten Geschäfte haben auch oft wenig treffende Bezeichnungen. „L'Espérance“ („An die Hoffnung“) ist ein beliebter Firmenname. Auch „Grand Magazin“, „Mode de Paris“ und ähnliches.

Monsieur Armand, der Photograph und Goldminenbesitzer, ist nicht zu Hause. Die Tür ist offen, eine Klingel knarrt heiser, auf dem zerbrochenen Stuhl lagert Staub, das ist das photographische Atelier Saint-Laurents.

Unterwegs treffen wir einen Passagier der „Biskra“, Monsieur Letellier, er ist der zukünftige Direktor der Zuckerfabrik von Cayenne. Er hat lange Jahre auf Java gelebt und in Westindien. Er schwört, noch nie einen ähnlich heißen Tag wie heute erlebt zu haben. Er ist verzweifelt, es was für ein Land ist er geraten! Jahrelang es hier aushalten, unmöglich. Der Direktor bekommt in Cayenne ein Haus und ein Auto zur Verfügung gestellt, allerdings keine Wege, wo er es recht benutzen könnte, und eine Dienerschaft, ganz und gar à discrétion. Die Strafgefangenen lauern geradezu darauf, Kunsterdener zu werden, sie sind auch Chauffeure, Köche, Gärtner. Über alles können sich die Funktionäre und Beamten beklagen, nur nicht über Dienstbotennot. Nicht zum Aushalten, Monsieur Letellier, was sollen erst die Gefangenen sagen.

Er erzählt über sein Diner bei dem hohen Verwaltungsbeamten. Seine gesamte Dienerschaft besteht aus Mördern. Er hat eine gewisse Vorliebe für sie, weil er behauptet, das Morden wäre ein Verbrechen, das man nur in allerseltensten Fällen gewohnheitsmäßig betriebe. Dagegen betrügen die Betrüger, klauen die Diebe bei der ersten Gelegenheit, die sie ihnen wieder bietet.

Ich habe furchtbaren Durst, und Monsieur Letellier schlägt mir vor, in das Haus dieses hohen Verwaltungsbeamten zu gehen, der

sehr gastfreundlich sei, um dort etwas zu trinken.

Aber ich ziehe dann doch das chinesische Dorf vor, obgleich mir Monsieur Letellier erklärt, daß es für eine Dame nicht schicklich sei, die dortigen „Cafés“ zu betreten.

Das chinesische Dorf heißt so, weil die Besitzer der Ausschänke meist Chinesen sind. Die Schankerlaubnis kostet Geld, ein „Libéré“ also kann kaum in die Lage kommen, Wirt zu werden.

Vielleicht wird der Chinese von der „Biskra“, der nicht nach Britisch-Guayana konnte, sich hier ansiedeln. Ein beneidenswertes Leben erwartete ihn jedenfalls auch dann nicht, wenn sein Geschäft einmal so gut ginge, wie das des Toi Hong aus Schanghai, das wir jetzt betreten.

Was sitzen hier für Gestalten vor ihrem Glas Rum, Gespenster, deren Element Bazillen sind. Es riecht nach Schmutz und Phönix. Die Gläser sehen aus, als nähme man sich nie die Mühe, Krankheitskeime von ihnen abzuspülen. Wirklich, der Durst vergeht mir.

Zwischen den Tischen geht eine dicke Negerin umher und schreit mit den Wagemütigen, die mit ihr zu schäkern versuchen. „Weg mit deinen Dreckpfoten, du Hundesohn!“

Französisch-Guayana ist das einzige Land, wo sich die Neger als Aristokraten fühlen, sie verachten unglaublich die Weißen. Für die Negerin, die sich mit einem Weißen abgibt, ist das eine genau so große Schande, wie für eine blaublütige Amerikanerin, sich mit einem Neger zu verbinden. Weiße, das sind Henker oder Verbrecher, gehetzte Tiere oder brutale Jäger, die niedrigste Rasse der Welt.

Wird aber ein „Libéré“ eine Negerin doch zur Frau bekommen, wächst sein Ansehen riesig. Er ist wieder aufgenommen in die menschliche Gesellschaft, wenn auch nicht als vollwertiges Glied.

Die Männer sind schon etwas beneidet vom Alkohol, sie haben diesen unerbittlichen geschlagenen Hundeblick. Gehen wir doch lieber.

Vor der Tür trifft Mr. Burr den Photo-

graphen Armand. Es hat sich schon herumgesprochen, daß man ihn sucht, und er ist neugierig, den Grund zu erfahren.

Er weiß nichts von Duval, nur daß er nie wieder hier auftauchen wird, das weiß er bestimmt. Er besaß nichts, was er geschrieben hat, war nur Flunkerei.

Aber er, der Photograph Armand, besitzt wirklich Goldgruben, er bekennet offen, daß die Goldgruben keine Goldgruben sind und nur sehr spärlichen Gewinn abwerfen, und doch ist er glücklicher wie die meisten anderen. Er kann wenigstens schlecht und recht irgendwie leben und vor allem, er kann hoffen, er hat ja die Goldgrube. Einmal ein großer Fund, und er wäre ein gemachter Mann. Allerdings viel würde es ihm auch nicht nützen, er ist ein lebenslänglich „Befreiter“.

Er stellt seinen Freund vor, das ist René, auch einer, der fort möchte und nicht kann.

René, der Freund, macht Bilder aus Schmetterlingsflügeln, eine Art Dudakunst. „Ich habe das Recht, von hier fortzukommen, doch läßt man mich nicht, schikanieren mich. Gut, ich habe etwas ausgefressen, aber ich habe dafür gestraft, ich habe in Paris vier Jahre dafür aufgebracht bekommen, vier Jahre lang war ich ein Sträfling, habe gelitten, wurde gequält, aber das war noch nicht genug zur Sühne. Vier Jahre noch bist du „Libéré“, bist du Befreiter, hungerst, bist krank und niemand hilft dir, hast kein Obdach. Gut, auch das macht man noch alles durch, man sagt sich, einmal geht es doch noch zu Ende. Aber die hohen Herrschaften meinen, es ist noch nicht genug, der Kerl muß noch tiefer in den Dreck, in den Schlamm. Du willst atmen, du willst leben, nein, mein Lieber, zurück in den Schlamm, zurück in den Schmutz. Man macht Akten, kritisiert dein Schicksal zu einer Nummer, macht Abschriften, Eingaben, man schnauzt dich an, weil du wurst, ungeduldig zu werden, spricht von dem natürlichen Laut der amtlichen Handlung, es vergeht ein ganzes Jahr seit deiner vollständigen Betrügnung und du sitzt immer noch hier. Jawohl, so sieht es hier aus, so steht es um uns.“

(Fortsetzung folgt)

Gegen die Liquidatoren

An die SAP-Mitglieder Berlin-Brandenburg

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Grenzmark tut die Parteigenossen auf gegen die Fahnenflüchtigen und Zerstörer der Partei mit aller Entschiedenheit Front zu machen. Nie hat sich die Existenz der Sozialistischen Arbeiter-Partei potwendiger erwiesen als gerade jetzt. Das vollkommene Versagen der SPD wie der KPD am 20. Juli und am 30. Januar hat jedes Wort unserer Kritik an diesen Parteien erhärtet. Die Geschichte selbst hat ihr Urteil über sie gesprochen. Und wenn heute der Widerstand gegen die Politik der großen Parteien, wenn der Wille zur Einheitsfront in den Massen wächst, so ist dies neben der harten Sprache der Tatsachen vor allem dem Wirken unserer Partei zu danken. Diese Arbeit in dieser entscheidungsvollen Zeit aufgeben, heißt die Arbeiterklasse hoffnungslos den großen Gefahren preisgeben.

Wer sagt, die SAP habe ihre Aufgabe nicht erfüllt, der hat nie die ganze Größe dieser Aufgabe zu erfassen gewagt, hat nie begriffen, wie tief die Erkrankung der Arbeiterklasse ist. Der schon kapituliert, ehe der Kampf mit dem Faschismus entschieden ist, der flieht heute schon vor den schweren Aufgaben, die sich ergeben, wenn es dem Faschismus gelingen sollte, die Arbeiterklasse diesmal niederzuwerfen.

Kapitulation und Verrat ist es, jetzt zur SPD überzutreten. Jeder Tag beweist, daß die Sozialdemokratie nichts gelernt hat aus den Ereignissen des letzten Jahres. Heute wie sonst vertritt sie die Arbeiter auf die Wahlen, auf den Staatsgerichtshof und alle jene demokratischen Einrichtungen über die der Faschismus mit Gewalt und Terror hinwegschreitet. Heute wie sonst weicht sie jeder wirklich großen Aktion zur Verteidigung des Proletariats aus. Statt den Blick der Arbeiterklasse nach vorwärts zu lenken zur Eroberung der proletarischen Macht, lenkt sie ihn zurück zu einer sanfteren kapitalistischen Herrschaft, die unwiederbringlich dahin ist. Ihr innerstes Wesen offenbart die Sozialdemokratie gerade jetzt, wo sie in Riesenschritten schwarzweißrot sich ihrer schändlichen Kriegspolitik rühmt. Das heißt, sie bittet um Gnade, wo es zu kämpfen gilt, sie bittet um Gnade mit dem Hinweis auf ihre Treue zum kapitalistischen Staat.

Wer jetzt zur SPD geht, der unterstützt diese Politik. Denn der Gerede, man wolle in der SPD für die Ziele der Sozialistischen Arbeiter-Partei kämpfen, ist im besten Falle eitel Selbstbetrug. Unsere Parteigenossen haben selbst erfahren, daß in der Sozialdemokratie eine wirkliche Opposition nicht geduldet wird, daß die sozialdemokratischen Führer eine entschlossene Opposition nicht dulden können, weil sie ihre Politik nicht aufgeben wollen und können. Wer jetzt zur Sozialdemokratie zurückkehrt, kommt als Bankrotter und reuiger Sünder, wird nur willkommen geheißen als ein williges Werkzeug zur Bekämpfung der Sozialistischen Arbeiter-Partei und einer revolutionären Politik.

Als politischer Bankrotter handelt auch, wer vor den Schwierigkeiten unserer Arbeit in die KPD flüchtet. Er unterwirft sich dem ultralinken Kurs, dessen verderbliche Wirkung heute klarer denn je vor aller Augen liegt. Er desertiert vor dem Kampfe für die Herstellung der Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung, der die SAP vom ersten Tage ihres Bestehens an erfüllte.

Darum rücksichtsloser Kampf gegen alle Kapitalanten und Parteiverderber, wer auch immer zu ihnen gehören mag!

Parteigenossen! Macht Schluß mit diesem Treiben. Sichert die Existenz der Partei, sichert ihre Einheit und Geschlossenheit! Sorgt dafür, daß die Partei wieder stark und kampfbereit wird. Das Lebensinteresse der Arbeiterklasse erfordert es!

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg
I. A.: Max Köhler.

Die Beschlüsse der Bezirksleitung

Die SAP-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hat in einer außerordentlichen Sitzung sich mit der Haltung des Genossen Weckerle beschäftigt. Weckerle hat in den letzten Tagen durch planmäßige Maßnahmen den Uebertritt zur SPD propagiert. Der Genosse Weckerle erklärte in dieser Sitzung seinen Austritt aus der SAP und kam damit seinem Ausschuß aus der Partei zuvor.

Die Bezirksleitung beschloß weiter, den Genossen Uetzfeld, Berlin-Neukölln, von all seinen Funktionen aus der Partei zu suspendieren und statutengemäß seinen Ausschuß aus der Partei zu beantragen. Außerdem beschloß die Bezirksleitung in Ergänzung des Beschlusses des Bezirksparteitages, daß Mitglied der Partei nur sein kann, wer die Partei bejaht und daß Genossen, die in der Partei für den Uebertritt zur SPD wie zur KPD Propaganda machen, sich selbst außerhalb

Betriebsfunktionäre der SAP

Dienstag, den 28., 19.30 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstr., sehr wichtige Versammlung aller SAP-Genossen, die irgendwie eine Funktion in dem Betriebe innehaben.

Eintritt nur gegen Vorweisung des Parteibuchs.

der Partei stellen." Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Der Genosse Uetzfeld erklärte in der Sitzung der Bezirksleitung, daß die SAP keine Existenzberechtigung mehr hat und er darum dem Parteitag vorschlägt, die Partei zu liquidieren und zu den Massen des Reformismus zurückzukehren, um dort im Sinne der SAP zu wirken. Bis zum Parteitag wollte er deshalb unter den Mitgliedern für seine Auffassung, die Liquidation der SAP vorzunehmen, wirken. Die Bezirksleitung faßte darauf bei einer Stimmenthaltung den oben zitierten Beschluß.

Die Berliner Mitgliedschaft wird am Donnerstag, den 2. März, in Klemms Festsaal zur Lage Stellung nehmen und erwartet, daß alle Genossen restlos erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Ehrenteil lügt

Von sozialdemokratischer Seite ist in letzter Zeit verschiedentlich, unter anderem von dem Vorsitzenden des Hamburger Ortsausschusses des ADGB, Ehrenteil behauptet worden, daß zwischen SPD und SAP Verhandlungen mit dem Ziel der Liquidierung der SAP im Gange seien.

Wir stellen dazu fest, daß derartige Behauptungen selbstverständlich erlogen sind. Die SAP ist gerade gegenwärtig, wo die katastrophalen Folgen der staatsfeindlichen SPD-Politik grausam auf der Arbeiterklasse lasten und wo die Führung der KPD ebenso versagt wie die ganze letzte Jahre, mehr als je von ihrer geschichtlichen Aufgabe durchdrungen und entschlossen, allen Widerständen zum Trotz an ihrer Erfüllung zu arbeiten.

Wenn die von sozialdemokratischer Seite vorliegenden Äußerungen nicht frei erfunden sein sollten, wenn tatsächlich irgend-

Win'erkursus Delitzsch

3. Abend, Dienstag, den 28. Februar, „Die deutsche Revolution 1918“. Referent Paul Frölich-Berlin.

welche Verhandlungen der bezeichneten Art stattgefunden haben sollten, so könnte es sich dabei nur um Kapitulationsbestrebungen einzelner handeln, wozu aber festzustellen wäre, daß sie ohne Wissen und gegen den Willen der Partei stattfänden.

Auch wenn es sich herausstellen sollte, daß einzelne, vielleicht auch führende Genossen kapitulieren und zur SPD oder KPD überlaufen wollen, so steht fest, daß die Partei in ihrer Gesamtheit mit diesen Ueberläutern nichts zu schaffen hat. Die gesamte Parteimitgliedschaft, die in den schweren Kämpfen der vergangenen anderthalb Jahre ihren Kampfeswillen, ihre Opferbereitschaft und ihre unbedingte Treue zur SAP erwiesen hat, wird durch keine derartige Nachricht zu beirren sein. Sie wird nach wie vor und entsprechend der politischen Situation mit verstärkten Kräften für die Erhaltung und den Ausbau der Sozialistischen Arbeiterpartei wirken und kämpfen.

Das Zentrum bleibt koalitionsbereit

Die jetzigen Konflikte zwischen der Regierung Hitler-Hugenberg und der Zentrums-partei dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Zentrum nach seinem ganzen Einstellen prinzipiell auch für die Zukunft bereit bleibt, mit den Parteien der jetzigen Regierung zusammen zu gehen. Diese Auffassung erhält neue Bestätigung durch eine Rede, die der frühere Reichskanzler Dr. Brüning am Mittwochabend in Breslau in einer Zentrumsversammlung gehalten hat. Er erklärte dort u. a. man müsse zu einer gemäßigt demokratischen verfassungsmäßigen Linie zurückkehren, eine Rückkehr, die die Zentrums-partei auch der heutigen Reichsregierung jederzeit ermöglichen würde. Wer christlich und national denke und wer wüßte, welcher Druck von außen her noch über das Volk kommen könne, der werde an die Versöhnung im Innern denken und Brücken schlagen. Das sei das Ziel, für das die Zentrums-partei kämpfe.

In ganz gleichem Sinne sprach der Führer der Zentrums-partei, Pöhlert Kaas, am gleichen Abend in einer Zentrumsversammlung in Osnabrück. An der nach wie vor vorhandenen Bereitschaft des Zentrums, auch mit den Nationalsozialisten eine gemeinsame Regierung zu bilden, kann also kein Zweifel bestehen. Die Arbeiterschaft wird gut tun, sich über diese Möglichkeiten von vornherein klar zu sein.

Gleiwitz, 24. Februar.

WTB. Der Polizeipräsident teilt mit: Freitag, 3.15 Uhr, wurde an der Ladentür des „Oberschlesischen Volksblattes“ ein Sprengkörper zur Explosion gebracht. Personen wurden nicht verletzt. Zahlreiche Tür- und Fensterscheiben wurden zertümmert.

Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit

Die Ortsgruppe Briesg der SAP hat vom Tage ihrer Gründung an besonderen Wert auf die Arbeit in den Massenorganisationen, besonders aber in den Gewerkschaften gelegt. Hatten wir früher schon als Opposition in der SPD auch in den Gewerkschaften manchen beachtlichen Erfolg errungen, so haben wir, auf den Erfahrungen fußend, diese Arbeit mit verstärkter Kraft als SAP-Genossen fortgesetzt. Wohl war es den Gewerkschaftsbürokraten und den SPD-Gewerkschaftern durch unsachlichen Kampf und unter Anwendung aller möglichen Organisationsricks gelungen, bei den Vorstandswahlen usw. im Frühjahr 1932 in einigen Gewerkschaften den Einfluß der SAP-Kollegen zurückzudrängen, aber es war ihnen nicht möglich, uns zu besiegen.

Durch unsere jederzeit sachliche und positive Arbeit in den Gewerkschaften und im Ortsausschuß des ADGB erwarben wir uns immer mehr Vertrauen bei der Masse der Mitgliedschaft. Wir konnten — zum Aerger der Bezirksleitungen der verschiedensten Gewerkschaften und des Bezirksausschusses des ADGB (Hies, Wirsach) Erfolg um Erfolg erringen. Nur kurz sei das Wichtigste der letzten Monate und Tage angeführt:

Wir erreichten im Ortsausschuß, daß der bereits vor Jahresfrist von uns geforderte freigewerkschaftliche Erwerbslosenausschuß gebildet wurde, seine Arbeiten aufnahm und durch unsere Mitwirkung die Masse der Erwerbslosen, die bisher von einer Anzahl von Erwerbslosenausschüssen geführt worden war, unter eine einheitliche Führung brachte und wieder kampfbereit machte. (Die Winterhilfe der Stadt für die Erwerbslosen wurde nur dadurch erkämpft.)

Im Dezember sprach der Genosse Enderle-Breslau über Gewerkschaftsfragen im Ortsausschuß und bei einem Wochenendkursus. Vor einigen Wochen erreichten wir durch unseren Einfluß im Ortsausschuß, in dem die SAP mit 7 von 36 Delegierten vertreten war, die erste wirkliche Einheitsfrontdemonstration und -kundgebung, über die an dieser Stelle bereits berichtet wurde. In der am Dienstag, den 21. 2. d. J., stattgefundenen Ortsausschusssitzung erfolgte nun die Kräfteprobe. Der Vorsitzende des Ortsausschusses, ein SAP-Genosse, mußte abgesetzt werden. Schon Tage vor der Sitzung hatte man von seiten der SPD die Delegierten beeinflusst, nicht mehr unseren Genossen wiederzuwählen. Ein Kollege, der mit der SAP nichts zu tun hat, bestätigte die bewußt betriebene Wählerarbeit gegen unseren Genossen Deumlich. Nur durch die hinter den Kulissen betriebene Arbeit war es möglich, daß Genosse Deumlich nicht wiedergewählt wurde. Es erhielt der SPD-Mann Madei 23 und Genosse Deumlich 15 Stimmen. In den Vorstand wurde als Beisitzer ein SAP-Genosse dennoch gewählt. Außerdem wurden SA-Genossen gewählt: als Bibliothekar 1, in den Bildungsausschuß des Ortsausschusses 4 (SPD 2), in das freigewerkschaftliche Jugendkarrell 4 (SPD 1) und als Delegierter des Ortsausschusses in das Afa-Karrell 1. (Von 36 Delegierten sind jetzt 8 SAP-Genossen.)

In den Gewerkschaftsvorständen sind wir vertreten: Im Metallarbeiterverband mit einem (dem Vorsitzenden), im Holzarbeiterverband mit sechs, einschließlich des Vorsitzenden, im Buchbinderverband mit einem (Vorsitzenden), im Gesamtverband mit einem

(2 Vorsitzenden) und im Lederarbeiterverband mit einem. Außerdem haben eine Anzahl SAP-Genossen Unterkassierfunktionen usw. in einer Reihe von Gewerkschaften inne.

Die vom Bezirksausschuß ausgesetzte Werbepremie erhielt als erster ein SAP-Genosse, der innerhalb sechs Wochen für den Lederarbeiterverband 18 Mitglieder gewonnen hat.

Trotz Haß und Hohn und aller Schwierigkeiten werden wir als das „kleine Häuflein“ weiterarbeiten an der Revolutionierung und Stärkung der Gewerkschaften. Allezeit kampfbereit!

Unbequeme Kritiker in SPD-Druckereien

Uns wird geschrieben:

Der Vertrauensmann der Personale der SPD-Druckerei, Gen. Gaida, ist kürzlich in der Arbeiterdruckerei Görlitz zur Entlassung gekommen. Seine arbeitsgerichtliche Klage wurde abgewiesen, und die letzte formale Schwierigkeit, die Nichtbenennung, daß G. Arbeiterratsmitglied ist, wird sicher leicht überwunden werden. Man erfährt, daß leider der Zusammenhalt der Kollegen in seiner bisherigen beruflichen Tätigkeitsstätte nicht mehr der frühere ist, und so fand G. wenig Rückhalt. Bei der geringen Beschäftigungsmöglichkeit beherrscht den einzelnen immer mehr die Sorge um die Existenz, man übersieht allzu leicht die so unbedingt wichtige Notwendigkeit festen Zusammenstehens, vergißt die Wahrung der gemeinsamen Interessen. Und in die Görlitzer Arbeiterdruckerei den Druckauftrag des Kopfblattes „Bundlauer Volksstimme“ an eine angeblich rentabler arbeitende SPD-Druckerei abgeben mußte und damit Personal überzählig wurde, benutzte man wohl diese Gelegenheit gern, den manchen „Herren“ oft lästig gewordenen G. loszuwerden.

Wir sagen: manchen „Herren“ lästig geworden. Die Rundschreiben des Genossen G. als Vertrauensmann der Personale in den SPD-Druckereien mußten oft Stellung nehmen gegen einzelne Geschäftsleitungen und im besonderen gegenüber der Konzentration (Dachgesellschaft für die SPD-Betriebe in Berlin). Gründe waren ihrer viele: Stellungnahme gegen den rücksichtslosen Abbau der übertariflichen Löhne in manchen Orten, gegen Versuche gesteigerter Leistungsanforderungen, weiter gegen recht merkwürdige Gepflogenheiten bei Betriebszusammenlegungen in der Personalübernahme bzw. -verminderung, Versammlungsberichte im Organ des Buchdruckerverbandes, im „Korrespondent“, ließen erkennen, daß G.s Kritik in seinen Rundschreiben nur allzu berechtigt, wenn auch nach unserem Dafürhalten oft zu rücksichtsvoll, zu zahm war. (Trotzdem suchte man schon früher G. von oben immer wieder beizukommen und ihm eins auszuweisen.) Ueberall sind SPD-Druckereien stillgelegt oder zusammengelegt worden.

Natürlich ist man sehr unzulässig, wenigstens in manchen Orten, gegen Kollegen, die als SPD-Mitglied kritische politische Auffassungen äußerten, aber wieder recht tolerant gegen zweifelhaft, schwankende Gestalten. Wir könnten beweisen, wie mancher gesinnungstreue Genosse, als er zur Entlassung kommen mußte, sehr schnell strammer SA-Mann geworden ist. Wir schätzen Gen. Gaida als einen Genossen, der sich redlich im Interesse seiner Kollegen gegen Dinge und Methoden zur Wehr setzte, die auch nach außen seiner Partei bestimmt nur schaden konnten. P. W. M.

Aus Oldenburg

Ein frommer Wunsch. Der richtigen Erkenntnis entsprechend über den Weg zur kämpfenden Einheitsfront beteiligte sich die SAP Oldenburg an einer Demonstration der Eisernen Front, wie sie es auch bei der KPD getan hatte. Wo Arbeiter demonstrieren, wird nicht gefragt, von wem dies ausgeht, sondern gegen wem richtet sich diese. — Von dem über 600 Teilnehmer zählenden Demonstrationzug stellte die SAP über 100 und noch eine Anzahl parteiloser Arbeiter schlossen sich unserm Zug an.

Wir wissen, daß die SAP heute ihre letzten Kräfte mobilisieren muß, um die Arbeiterklasse aus ihrer Defensivstellung mit herauszuführen und daß ihr Wirken in der Arbeiterschaft volles Verständnis findet. Diese Gewißheit wird unsere Kräfte vervielfachen, um im revolutionären Kampf zu bestehen.

Haussuchung in unserer Geschäftsstelle. Kaum war das Verbot der SAZ nach unserm dritten Reich gedrungen, stiftete man uns einen Besuch ab, um die tragliche Nummer der SAZ wegen ihrer staatsgefährlichen Einstellung zu beschlagnehmen.

Das Wachsplatten-Kabarett auf der Langen Strafe. Täglich und stündlich unterhält man die Einwohner Oldenburgs mit Wachsreden der Reichsminister mit Musikeinlagen. Dieser Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms scheint sehr wirkungsvoll zu sein; denn was braucht der Erwerbslose mehr, wenn er kostenlose Trostreifen hören kann.

Arbeitsbeschaffungspläne der Stadt Oldenburg. In der letzten Stadtratssitzung sind sehr große Pläne ausgeheckt worden. Und zwar Ausbesserung schlechter Strafen (es sind alle schlecht, bis auf die vorm Ministerium) Ueberbrückung des Staues nach der Gottorpstraße und verschiedener Tiefbauarbeiten. Die Finanzierung dieser Arbeiten ist noch nicht sichergestellt. Der KPD-

Redner machte den Vorschlag, den Zuschuß an das Landestheater von 30.000 Mark und die Oberbürgermeisterpension usw. dazu zu verwenden. Dies ist ohne weiteres ein Fingerzeig, wo noch viel zu holen ist.

Flensburger Allerlei

Hier wurden, wie wir bereits meldeten, 13 Antifaschisten, kommunistische und parteilose Arbeiter, zu insgesamt 13 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt. Eine von dem Einheitsausschuß einberufene Protest-Versammlung wurde verboten. Wir registrieren ohne Kommentar.

Am Sonntag darauf hatte die vereinigte Reaktion eine „vaterländische Kundgebung“ im „Deutschen Haus“. Dort führte der berühmte „Fridericus-Holtz“ unter frenetischem Beifallsgebrüll seiner Zuhörer wörtlich folgendes aus: „... Wir wollen, daß die roten Fahnen heruntergerissen werden, daß für ehelos erklärt wird, wer diesem Lappen eines fremden, jüdischen Marxismus nachläßt.“ Zum besseren Verständnis für Nicht-Flensburger sei bemerkt, daß am Sonntag, den 26. Februar, ein großer Standarten-Aufmarsch der Nazis stattfand, zu dem Tausende auswärtige SA-Leute erwartet werden, und daß die Stadt Flensburg mit einer hübschen Anzahl roter Fahnen und Transparenten geschmückt ist.

Die hiesige SAP hat an die anderen proletarischen Bruderparteien ein Schreiben gerichtet um ihre Stellung zur Schaffung eines Arbeiter-Blocks zur bevorstehenden Gemeindevwahl zu präzisieren. Die zur Beantwortung gestellte Frist ist längst versprochen, einer Antwort haben sie uns beide nicht für würdig befunden.

Die Arbeiterschaft muß vorstehende Tatsachen miteinander vergleichen und daraus dann die sich ergebenden Schlußfolgerungen ziehen.